

Lena Giedat in 80639 München (GP.0310.18)

- Erhalt der Kinderkrankenstationen

- 20.784 Unterschriften -

G24a-K9000-2019/309-48 -Gesundheit-

Vorsitz: Bernhard Seidenath (CSU)

Berichterstattung: Ruth Waldmann (SPD)

Mitberichterstattung: Martin Mittag (CSU)

Abg. Ruth Waldmann (SPD) legt dar, vor einem Jahr seien im Rahmen einer Open Petition die vorliegenden über 20.000 Unterschriften gesammelt worden; gemeinsam mit Herrn Vorsitzenden Seidenath habe sie diese Unterschriften dann bereits im Juli 2020 entgegennehmen dürfen. Sie bedaure, dass die Petition – wenn auch aus sicherlich nachvollziehbaren Gründen – nun erst heute auf der Tagesordnung stehe.

An Brisanz habe das Thema allerdings keinesfalls verloren, wobei in den letzten Monaten nun doch manches auf den Weg gebracht worden sei. Noch immer aber komme es vor, dass Kinderkrankenstationen völlig überlastet seien; die Folge seien dann Aufnahmestopps oder die Verlegung in weit entfernte Einrichtungen. Zwar hätten befürchtete Schließungen abgewendet werden könnten, die medizinischen Versorgungsentpässe bei Kindern und Jugendlichen bestünden jedoch nach wie vor. Als Ursache hierfür lasse sich ein deutlicher Mangel an niedergelassenen Kinderärzten und beim Pflegepersonal ausmachen – obwohl Betten an sich zumeist in ausreichender Zahl vorhanden seien.

Als zentrale Forderung enthalte die Petition eine veränderte Ausgestaltung der Finanzierungssituation; hier sei von Bundesebene aus bereits insofern etwas Bewegung hineingebracht worden, als die Pflege aus dem Fallpauschalensystem ausgegliedert worden sei. Zudem gebe es eine von Bayern unterstützte Bundesratsinitiative, auch die Kindermedizin aus dem DRG-System herauszunehmen – eine Grundvoraussetzung für eine bessere Versorgung.

Kinderkrankenstationen in Bayern durch eine Notfallfinanzierung vor einer drohenden Schließung zu bewahren – diese Forderung unterstütze sie ausdrücklich. Auch müsse

klargestellt werden, dass seitens der Unikliniken zukünftig keine behandlungsbedürftigen Kinder mehr abgewiesen würden.

In diesem Zusammenhang interessiere sie, ob Zahlen dazu vorlägen, in wie vielen Fällen eine Aufnahme abgelehnt worden sei oder eine Umverlegung habe erfolgen müssen. Ihres Wissens sei es bereits des Öfteren zu der alarmierenden Situation gekommen, dass an keiner der vier Münchner Kinderkliniken eine Aufnahme habe erfolgen können, sodass die betroffenen Kinder in weiter entfernte Krankenhäuser hätten eingewiesen werden müssen – ein aus ihrer Sicht unhaltbarer Zustand, der nun keinen zeitlichen Aufschub mehr erlaube.

Vor diesem Hintergrund laute ihr Votum Berücksichtigung nach § 80 Nummer 3 BayLT-GeschO.

Vorsitzender Bernhard Seidenath (CSU) verweist auf die Bedeutung der Anliegen, erinnert an diesbezügliche Beratungen im Ausschuss bereits in der vergangenen Legislaturperiode und kündigt namens seiner Fraktion an, für die Bayern betreffenden Abschnitte der Petition als Votum Würdigung vorzuschlagen.

Weiter macht er geltend, Engpässe in der Versorgung oder Schließungen im Bereich Kinder- und Jugendmedizin oder Kinderchirurgie habe es in den vergangenen zehn Jahren nicht gegeben; vielmehr seien die Kapazitäten kontinuierlich ausgebaut worden. Im Jahr 2019 sei die Auslastung der Kinder- und Jugendstationen gegenüber dem Vorjahr im Landesdurchschnitt auf 64,9 % gesunken – auch wenn München mit 74,7 % eine deutlich höhere Auslastung verzeichne.

Probleme gebe es tatsächlich durch zu wenige Kinderkrankenpflegekräfte; schwierig sei daneben die Finanzierung von Einrichtungen. Denn Kinderkrankenstationen arbeiteten nun einmal nicht kostendeckend. Doch auch hier seien bereits Verbesserungen erreicht worden. Hinsichtlich des Personalbedarfs müssten Überlegungen angestellt werden, mit bestimmten Maßnahmen – etwa Incentives oder auch dem Bau von Personalwohnheimen – Anreize zu schaffen.

Handlungsbedarf sehe er diesbezüglich beim DRG-System; so müsse die Pädiatrie aus dem DRG-System ausgegliedert werden können, um Fördergelder für solche Maß-

nahmen generieren zu können. Eine entsprechende Option solle den Krankenhausträgern nun eingeräumt werden – die dann bei auskömmlicher Finanzierung auch weitere Einrichtungen errichten könnten.

Des Weiteren sollte Personalengpässen auch im Wege einer Stärkung der generalistischen Ausbildung begegnet werden; auch hier habe sich bereits viel getan.

Ein sehr attraktiver Arbeitsplatz im Großraum München werde absehbar am Klinikum Großhadern mit einem Zentrum pädiatrischer Höchstleistungsmedizin entstehen; das neue von Haunersche Kinderspital biete dann auch den jungen Patientinnen und Patienten mit ihren Familien geeignete Bedingungen, um sich in der schweren Situation einer Erkrankung an einem guten Ort zu wissen.

Er resümiert, Schwachstellen sehe er in puncto Betriebskostenfinanzierung – dies müsse auf Bundesebene angegangen werden –, sowie beim Personal; hier bedürfe es gemeinsamer Anstrengungen. Insofern schlage er vor, die Petition auch an den Bundestag weiterzuleiten.

Um ein starkes Zeichen zu setzen, dass der Landtag es als Daueraufgabe verstehe, Kinderstationen zu erhalten und Sorge für eine ausreichende Personalausstattung zu tragen, plädiere er im Weiteren für das Votum Würdigung nach § 80 Nummer 3 BayLT-GeschO.

Abg. Dr. Dominik Spitzer (FDP) begrüßt die vorgeschlagenen Voten und fragt, bis wann das neue Haunersche Kinderspital nun tatsächlich in Betrieb gehen könne.

Abg. Andreas Krah (GRÜNE) gibt seiner Freude Ausdruck, dass durch die angekündigten Voten sowohl vonseiten der Opposition als auch der Koalition die hohe Bedeutung des Themas wie auch der noch immer bestehende Handlungsbedarf auf Ebene des Freistaats und auf Bundesebene zum Ausdruck gebracht werde. Auch er wolle sich diesem deutlichen Signal an die Petenten anschließen.

MR Dr. Vitus Gamperl (Gesundheit und Pflege) schickt voraus, für die Frage der Bau- maßnahmen am neuen Haunerschen Spital am Klinikum Großhadern liege die

Zuständigkeit beim Wissenschaftsministerium, weshalb er nun keinen konkreten Zeitplan nennen könne. Klar sei grundsätzlich, dass ein solcher Prozess Zeit brauche; in der Perspektive zeichne sich aber bereits Licht am Ende des Tunnels ab, handle es sich doch geradezu um ein Leuchtturmprojekt der pädiatrischen Spitzenmedizin, das mit Sicherheit auch Personal anziehen werde.

Weiter legt er dar, die beschriebenen Probleme in der pädiatrischen Versorgung seien nicht von der Hand zu weisen; von prekären Verhältnissen hingegen könne nicht die Rede sein. Die Auslastung liege, wie bereits geäußert, bayernweit deutlich unter dem Richtwert; in München seien die Zahlen tatsächlich etwas höher. Wenn es Engpässe gebe, so seien diese tatsächlich auf die Personalknappheit zurückzuführen, zudem sei die Leistungsvergütung nicht so ausgestaltet, dass Träger einen Anreiz sähen, von sich aus die Pädiatrie auszubauen.

Allerdings wäre eine Mehrung der Pädiatriestandorte fachlich ebenfalls nicht geboten; maßgeblich sei es vielmehr, das vorhandene Personal so auf die Zentren zu verteilen, dass der Personalkörper insgesamt auskömmlich sei.

Was Qualitätsaspekte betreffe, so seien Pädiatrische Zentren geradezu auf eine bestimmte Fallzahlgröße angewiesen, um für alle Subdisziplinen Erfahrungswerte zu generieren; auch das spreche gegen eine Auffächerung von Standorten.

Ohne Frage müsse es das Ziel sein, zu verhindern, dass aufgrund von Engpässen Kinder etwa von München nach Garmisch verlegt werden müssten. Entsprechende Fälle gebe es; sie seien jedoch nicht an der Tagesordnung.

Die zuvor erwähnte Ausgliederung der Kinder- und Jugendmedizin aus dem Fallpauschalensystem halte auch er für einen richtigen Ansatz, da nur so bedarfsorientiert vorgegangen werden könne.

Abg. Ruth Waldmann (SPD) merkt an, auch am früheren Krankenhaus Schwabing fänden begrüßenswerte Ausbauinitiativen statt.

Weiter macht sie deutlich, es gebe in vielen bayerischen Regionen deutlich zu wenige niedergelassene Kinder- und Jugendärzte; auch das trage zu einer Verschärfung der

Versorgungssituation in Krankenhäusern bei. Insofern müssten die beiden Bereiche ambulant und stationär noch sehr viel stärker zusammen gedacht werden.

Sie erklärt abschließend, es sei erfreulich, dass nun wohl tatsächlich Bewegung in die Sache komme und der Ausschuss fraktionsübergreifend ein starkes Signal an die Familien in Bayern sende – sicherlich auch ein Ergebnis der vorliegenden, sehr ambitionierten und von einer großen Zahl an Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern getragenen Petition, für die sie ausdrücklich danken wolle.

Vorsitzender Bernhard Seidenath (CSU) schließt sich dem Dank an und verbindet dies mit der Hoffnung, dass sich möglichst viele junge Menschen für eine Ausbildung im Bereich Kinderkrankenpflege begeistern ließen.

Beschluss:

Die Eingabe wird der Staatsregierung zur Würdigung überwiesen.

Die Eingabe wird an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages überwiesen.

(einstimmig)